

Tramdepot Burgernziel: Berner Stadtrat genehmigt Baurecht für Areal

Am Donnerstagabend hat das Berner Stadtparlament der Abgabe des ehemaligen Tramdepots Burgernziel ins Baurecht zugestimmt. Das letzte Wort haben die Stimmberechtigten der Stadt.



Hier sollen bald 100 Wohnungen entstehen: Das alte Tramdepot Burgernziel in Bern. Bild: Urs Baumann

Auf dem Areal des früheren Tramdepots Burgernziel in Bern Ost soll ein Investor Wohnungen bauen können. Das Stadtparlament hat am Donnerstagabend die Abgabe des städtischen Grundstücks im Baurecht genehmigt. Nun sind die Stimmberechtigten am Zug.

100 Wohnungen sollen gebaut werden

Der Stadtrat hiess das vom Gemeinderat vorgelegte Geschäft nach längerer Diskussion mit 41 zu 21 Stimmen gut. Bei der Vorlage, die nun dem Volk vorgelegt wird, geht es zwar vorerst nur um die Abgabe des Areals im Baurecht. Doch an das

Baurecht ist ein bereits ausgearbeitetes Bauprojekt geknüpft, das **2013 den Wettbewerb der Stadt gewann**. Der Investor wird dieses Projekt umzusetzen haben.

Es sieht den Bau von rund 100 Wohnungen vor, zudem sollen Gemeinschafts- und - entlang der vielbefahrenen Thunstrasse - Gewerberäume entstehen. Die geplante Überbauung wurde im Stadtrat nicht in Frage gestellt. Sprecherinnen und Sprecher von links bis rechts sprachen von einer wohnbaupolitischen Chance für die Stadt und von einer Aufwertung des Quartiers.

Gemeinnützig und ökologisch

Umstritten war jedoch, wie viele Vorgaben die Stadt den Investoren machen soll. Die rot-grüne Mehrheit des Stadtrats hatte sich bereits früher für gemeinnützigen und ökologischen Wohnungsbau im Burgernziel ausgesprochen. Sie bekräftigte die Vorgabe, dass ein Drittel der neu zu bauenden Wohnfläche an gemeinnützige Bauträger abgegeben wird.

Zudem muss die Überbauung den Anforderungen der 2000-Watt-Gesellschaft genügen. Entsprechende Anträge der vorberatenden Kommission wurden gutgeheissen. Die Bürgerlichen wehrten sich vergeblich dagegen, das Fuder zu überladen. Auf dem attraktiven Areal müsse die Stadt eine Rendite erzielen können, befanden sie. Ein Antrag der SVP, den Stimmberechtigten einen Mindestertrag aus dem Baurechtszins zu garantieren, wurde jedoch abgelehnt.

Kritik an Schmidt

Trotz Zustimmung zur Vorlage durch den Stadtrat musste sich der Gemeinderat viel Kritik anhören. Die Vorbereitung des Geschäfts sei mangelhaft gewesen, kritisierte die Kommissionssprecherin an die Adresse des zuständigen Finanzdirektors Alexandre Schmidt (FDP). Man habe unvollständige, fehlerhafte Unterlagen erhalten. Deshalb habe sich das Geschäft verzögert.

Schmidt akzeptierte die Kritik und entschuldigte sich für den Ärger, der im Stadtrat aufgekommen sei. Dass die Unterlagen

unvollständig gewesen seien, habe damit zu tun gehabt, dass es ja noch nicht um den Baukredit gehe. Zudem habe der Stadtrat mit Vorstössen die Räder am fahrenden Zug gewechselt.

Schmidt warb für das Geschäft. Das Burgernziel sei eine der prominentesten Branchen der Stadt, hier biete sich eine einmalige Chance.

Stimmt das Volk der Abgabe im Baurecht zu, sucht der Gemeinderat im Rahmen eines Wettbewerbs den Investor oder die Investoren. Der Baustart im Burgernziel ist für 2016 vorgesehen.

(sh/sda)

Erstellt: 05.06.2015, 07:37 Uhr